

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Donnerstag, 05.09.2019

Ort: FB Kinder, Jugend, Familie, Großer Saal, Eiermarkt 4-5, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:3318:33 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Frau Annette Schütze - SPD

Herr Thorsten Wendt - CDU

Frau Astrid Buchholz - BIBS

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Dr. Hans E. Müller - AfD

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Frau Annika Naber - B90/GRÜNE

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Herr Kurt Schrader - CDU

bis 16:28 Uhr

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

ab 15:11 Uhr

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Michael Baumgart - B90/GRÜNE

Herr Arnim Graßhoff -

Herr Andreas Paruszewski -

Herr Olaf Gedrowitz - Vertreter Vorstand Behindertenbeirat

Herr Gunter Kröger - Sprecher AGW

Verwaltung

Frau Dr. Christine Arbogast - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether -

Frau Felicia Ferdinand – FB 50

Herr Michael Künzler – FB 50

Frau Sahra Nell – Ref. 0400

Herr Hornburg – Jobcenter Braunschweig

Frau Miehe-Scholz – Jobcenter Braunschweig

Herr Wilhelm Eckermann – FB 65

Frau Ulrike Adam – Gleichstellungsreferat

Frau Springhorn – FB 61

Herr Thomas Tegtmeier – FB 50

Abwesend

Mitglieder

Herr Frido Gaus	abwesend
Herr Gerrit Stühmeier	entschuldigt
Frau Christine Wolnik	entschuldigt
Herr Karl Grziwa - Seniorenrat	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29.05.2019
- 3 Flüchtlingsangelegenheiten
- 4 Aufhebung des Sperrvermerks für die Gewährung des Erhöhungsbetrags des Zuschusses zur Förderung der Nachbarschaftshilfen 19-11278
- 5 Erwerb von zwei Anteilen an der Braunschweiger Baugenossenschaft eG 19-11377
- 6 Mitteilungen
 - 6.1 Konzept Schulbildungsberatung Braunschweig - SchuBS 19-10964
 - 6.2 Mitteilung zum Ratsauftrag "Toilette für alle" Sachstand 19-11316
 - 6.3 Halbjahresbericht 2019 des Jobcenter Braunschweig 19-11394
 - 6.4 Mündliche Mitteilung
- 7 Anträge
 - 7.1 Dorfgemeinschaftshaus Rautheim 19-10786
 - 7.1.1 Dorfgemeinschaftshaus Rautheim Änderungsantrag zum Antrag 19-10786 19-10786-02
 - 7.1.2 Änderungsantrag zum TOP "Dorfgemeinschaftshaus Rautheim" 19-11070
 - 7.1.3 Dorfgemeinschaftshaus Rautheim 19-10786-01

7.2	Freier, selbstbestimmter Zugang zu Informationen	18-09310
7.2.1	Änderungsantrag zu DS 18-09310 Freier, selbstbestimmter Zugang zu Informationen	19-11626
7.3	Zügige Umsetzung der Baumaßnahmen am Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg	19-11121
7.3.1	Sachstand Sanierungsarbeiten auf dem Wohnwagenaufstellplatz am Madamenweg 94	19-11121-02
7.4	Aktualisierung Altenhilfeplanung - Den Menschen ein langes Leben in vertrautem Umfeld ermöglichen	19-11174
7.5	Programm zur Förderung lokaler Hebammen	19-11519
7.5.1	Programm zur Förderung lokaler Hebammen	19-11519-01
7.6	Aufhebung Nutzungseinschränkung Mobil-Ticket	19-11522
7.6.1	Aufhebung Nutzungseinschränkung Mobil-Ticket	19-11522-01
7.7	Wohnungsnot: Taten sind endlich gefragt	19-11537
7.7.1	Wohnungsnot: Taten sind endlich gefragt	19-11537-01
8	Anfragen	
8.1	Demenz in jungen Jahren	19-11571
8.1.1	Demenz in jungen Jahren	19-11571-01
8.2	Halbzeitbilanz im Ausschuss für Soziales und Gesundheit	19-11562
8.3	Maßnahmen zur Drogenprävention der Stadt Braunschweig	19-11572
8.3.1	Maßnahmen zur Drogenprävention der Stadt Braunschweig	19-11572-01
8.4	Braunschweiger für das Ehrenamt auch Digital begeistern	19-11391
8.4.1	Braunschweiger für das Ehrenamt auch Digital begeistern	19-11391-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Der Tagesordnungspunkt 5 "Erwerb von zwei Anteilen an der Braunschweiger Baugenossenschaft eG" wird aufgrund sachlichen Zusammenhangs nach dem TOP 3 "Flüchtlingsangelegenheiten" als neuer TOP 4 behandelt.

Die Tagesordnungspunkte 7.1, 7.1.1, 7.1.2 und 7.1.3 werden im Stadtbezirksrat behandelt und nicht in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit.

Auf Antrag von Ratsherrn Schrader wird der TOP 7 "Anträge" vor dem TOP 6 "Mitteilungen" behandelt.

Der Tagesordnungspunkt 8.2 "Halbzeitbilanz im Ausschuss für Soziales und Gesundheit" wurde von der CDU-Faktion schriftlich zurückgezogen und wird nicht behandelt.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 29.05.2019

Es liegen keine Wortbeiträge vor. Dem Protokoll wird bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8; dagegen: 0; Enth.: 3

3. Flüchtlingsangelegenheiten

Frau Dr. Arbogast berichtet zur aktuellen Entwicklung der Zuweisungszahlen.

5. Erwerb von zwei Anteilen an der Braunschweiger Baugenossenschaft eG 19-11377

Auf Nachfrage von Herrn Paruszewski berichtet Herr Klockgether, dass mit der BBG vereinbart worden sei, dass die Stadt zwei Anteile an der BBG kaufen und damit Genosse werden solle. Hierfür solle die Stadt zunächst 5 Wohnungen erhalten, in der Zukunft hoffe man auf weitere Wohnungen. Mit der Wiederaufbau eG hoffe man auf ein ähnliches Verfahren.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Schrader erläutert Herr Klockgether, dass man in der Zusammenarbeit mit der Nibelungen-Wohnbau-GmbH gute Erfahrungen gesammelt habe. Man habe derzeit mehr als 30 Wohnungen in der Vermietung, Probleme habe es lediglich bei 2-3 davon gegeben. Die Stadt begleite das Projekt sozialpädagogisch und es werde an z.B. Hausversammlungen seitens der Stadt teilgenommen. Man versuche eine Durchmischung zu erreichen, in dem man möglichst nur eine Wohnung pro Mehrfamilienhaus für die Vermietung nutze.

Beschluss:

- „1. Dem Erwerb von zwei Genossenschaftsanteilen an der Braunschweiger Baugenossenschaft eG durch die Stadt Braunschweig zum Zweck der Unterbringung von Geflüchteten wird zugestimmt.
- 2. Die Verwaltung wird ermächtigt, ggf. Genossenschaftsanteile anderer Baugenossenschaften in Braunschweig zum Zweck der Unterbringung von Geflüchteten zu erwerben.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

4. Aufhebung des Sperrvermerks für die Gewährung des Erhöhungsbetrags des Zuschusses zur Förderung der Nachbarschaftshilfen

19-11278

Ratsfrau Schütze berichtet, dass zum Thema Nachbarschaftshilfen ein Workshop mit Vertretern der politischen Fraktionen, der Nachbarschaftshilfen und der Verwaltung stattgefunden habe, welcher sehr informativ und hilfreich gewesen sei.

Herr Klockgether beschreibt, dass das aktuelle Finanzierungssystem sehr komplex sei. Es gebe einen gemeinsamen Topf, aus dem alle Nachbarschaftshilfen ihre Finanzierung erhalten. Es seien zwei Abrechnungen erforderlich, die erste anhand von Planzahlen, die zweite anhand von tatsächlichen Kosten. Erst nach dieser könne den Nachbarschaftshilfen abschließend mitgeteilt werden, wie hoch ihre Förderung in dem betreffenden Jahr ausfiele. Eine weitere Erörterung zur Anpassung des Finanzierungssystems mit den einzelnen Akteuren sei nun erforderlich, ggf. würden die Nachbarschaftshilfen künftig jeweils einen eigenen Topf zugeteilt bekommen, was die gegenseitige Abhängigkeit beenden würde.

Frau Dr. Arbogast berichtet, dass ein Gesprächstermin mit den Nachbarschaftshilfen in der Kalenderwoche 41 geplant sei.

Beschluss:

Der nach dem Haushaltsbeschluss des Rates in seiner Sitzung am 18. Dezember 2018 zum Antrag 161 erhaltene Sperrvermerk beim Sachkonto 431810 - Zuschüsse an übrige Bereiche - in Höhe von 77.200 € wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

7. Anträge**7.2. Freier, selbstbestimmter Zugang zu Informationen**

18-09310

Die Vorlage wird in der geänderten Fassung des Änderungsantrages 19-11626 "Änderungsantrag zu DS 18-09310 Freier, selbstbestimmter Zugang zu Informationen" beschlossen.

7.2.1. Änderungsantrag zu DS 18-09310 Freier, selbstbestimmter Zugang zu Informationen

19-11626

Die Vorlage wird geändert beschlossen.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadt Braunschweig veröffentlicht neutral informativ die Link-Adresse der Bundesärztekammer <https://www.bundesaerztekammer.de/aerzte/versorgung/219a/> in den entsprechenden Rubriken und Unterseiten der Webseite der Stadt Braunschweig.

Außerdem wird die KVN aufgefordert, die in Braunschweig niedergelassenen Gynäkologen / gynäkologischen Arztpraxen und Kliniken mit Durchführungserlaubnis unter den Voraussetzungen des § 218a Absatz 1 bis 3 StGB schriftlich auf diese Liste hinzuweisen mit der Bitte eine Aufnahme in diese Liste zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10; dagegen: 0; Enth.: 1

7.3. Zügige Umsetzung der Baumaßnahmen am Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg

19-11121

Die Verwaltung wird gebeten:

1. Den Ratsbeschluss umgehend umzusetzen, auf dem Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg Trink- und Schmutzwasseranschlüsse zu installieren.
2. Die sanitären Anlagen am Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg zu sanieren.
3. Eine sichere Energieversorgung auf dem Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg herzustellen.

Die Vorlage wird für den gesamten Gremienlauf zurückgestellt.

7.3.1. Sachstand Sanierungsarbeiten auf dem Wohnwagenaufstellplatz am Madamenweg 94 19-11121-02

Herr Eckermann berichtet zum aktuellen Stand der Baumaßnahme am Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg. Die Bindefrist für die Firma sei verlängert worden, sodass sie zum Baubeginn im Herbst zur Verfügung stehe. Die bisher festgelegte Kostenschätzung werde vermutlich eingehalten werden.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.4. Aktualisierung Altenhilfeplanung - Den Menschen ein langes Leben in vertrautem Umfeld ermöglichen 19-11174

Ratsfrau Mundlos fragt nach, ob der Beschluss Auswirkungen auf den ersten Bauabschnitt des Baugebietes Wenden West in Form einer aufschiebenden Wirkung haben würde.

Frau Dr. Arbogast versichert, dass der Beschluss über die Vorlage keine aufschiebende Wirkung entfalten werde. Es sei geplant, mit einem externen Institut und der AGW zusammenzuarbeiten. Es solle ein Anforderungsprofil für verschiedene Bereiche erstellt werden. Die Prognosen zur demografischen Entwicklung bis 2035 und zur zukünftigen Lebenserwartung sollten ebenfalls einfließen. Grafische Szenarien sowie interaktive Karten sollten erstellt werden. Währenddessen würden andere Projekte und Maßnahmen parallel weiterlaufen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Naber erläutert Frau Dr. Arbogast, dass Teile der Altenhilfeplanung ggf. auch in eine integrierte Sozialplanung einfließen könnten. Jedoch werde die Altenhilfeplanung thematisch mehr in die Tiefe gehen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Altenhilfeplan der Stadt Braunschweig zu aktualisieren. Ziel ist es, dabei auf aktuelle demographische Entwicklungen einzugehen und Maßnahmen zu benennen, wie den Menschen ein möglichst langes Leben in ihrem vertrauten Umfeld und dem Stadtquartier ermöglicht werden kann.

Hierzu wird die Verwaltung gebeten, die Datenbasis für das bestehende Handlungskonzept Altenhilfeplanung anzupassen und aktuelle Zahlen zu älteren und perspektivisch pflegebedürftigen Menschen zu ermitteln. Auf dieser Basis sollen entsprechende Maßnahmen für die Stadtteile vorgeschlagen und mit den Zielen vor Ort abgeglichen werden. Zudem sind die Ergebnisse aus der Weiterentwicklung der Nachbarschaftshilfen sowie die Planungen im Rahmen des Projektes Nachbarschaftszentren zu berücksichtigen.

Über die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für die Umsetzung dieser möglichen Maßnahmen einschließlich eventueller (Projekt-)Unterstützung soll der Rat rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

7.5. Programm zur Förderung lokaler Hebammen

19-11519

Ratsfrau Ohnesorge erläutert, dass es in den umliegenden Kommunen bereits Förderprogramme gebe und es daher für die Stadt Braunschweig an der Zeit sei, auch mit eigenen Anreizen zu starten.

Frau Dr. Arbogast berichtet, dass man sich seitens der Stadtverwaltung in den letzten 6 Monaten sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt habe. Das Gleichstellungsreferat habe eine Podiumsdiskussion organisiert, es habe sich ein Runder Tisch gebildet und dieser werde bald zum zweiten Mal tagen. Die Kulturverwaltung und die Sozialverwaltung würden gemeinsam an dem Thema arbeiten. Es finde ein Austausch mit dem Hebammenverband, dem Klinikum und den Hebammen selbst statt. Man widme sich derzeit verstärkt der Fragestellung, wie man die Ausbildung in der Region Braunschweig aufrechterhalten könne, denn zur Zeit seien als künftige Standorte Osnabrück, Hannover, Göttingen und Oldenburg geplant. Es habe zudem bereits ein Treffen mit den Vertretern der Sozialdezernate der umliegenden Kommunen gegeben. In Wolfsburg werde das zur Verfügung stehende Geld kaum abgerufen und es sei bisher nicht bekannt, ob es überhaupt eine positive Entwicklung aufgrund der Anreize gebe. Den Blick gemeinsam stärker regional als kommunal auszurichten, sei eher gewünscht. Für die Einrichtung einer Hebammenzentrale sei es entscheidend, dass die betroffenen Hebammen auch mitziehen würden. Eine Abfrage hierzu laufe zur Zeit. In einem gemeinsamen Projekt des Marienstiftes und des städtischen Klinikums solle eine App und ein Geburtshilfeportal entwickelt werden, welches im 1. Quartal 2020 starten und im Herbst diesen Jahres vorgestellt werden solle.

Ratsfrau Schütze berichtet, dass die Möglichkeit bestehe, dass die Ostfalia den Studiengang einführen könnte. Zur Zeit gebe es jedoch auch dort einen Fachkräftemangel, und die Professur müsse zunächst gewährleistet werden. Auch sie betrachte das Problem eher als ein regionales, nicht als ein rein kommunales. Problematischer als die Bezahlung seien für die Hebammen zudem die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsbelastung, finanzielle Anreize würden daher nicht helfen. Sie sehe die Stadt Braunschweig auf einem guten Weg. Bei der Datenerhebung werde das Land unterstützen.

Ratsfrau Mundlos berichtet über den Beruf der Doula, welche zur Unterstützung von Hebammen tätig würden.

Ratsfrau Ohnesorge bestätigt, dass beispielsweise eine Datenerhebung wichtig sei, und es bei dem Antrag nicht lediglich um finanzielle Anreize gehe.

Frau Dr. Arbogast führt ergänzend aus, dass es in den Landkreisen bereits seit längerer Zeit stärkere Probleme bei der Versorgung gebe und daher auch schon früher mit Anreizsystemen begonnen worden sei. Ein weiteres Problem sei, dass vor 10 Jahren noch 70 % der Hebammen in Vollzeit gearbeitet hätten, heute seien es nur noch 30 %. Die Hebammen müssten außerdem zunehmend einen hohen bürokratischen Aufwand bewältigen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht möglicher Förderungen für lokale Hebammen zu erstellen. Dabei sollen auch die Maßnahmen berücksichtigt werden, die in Nachbarkommunen bereits umgesetzt werden oder geplant sind.

Basierend auf dieser Übersicht wird die Verwaltung beauftragt, ein Förderprogramm für die Hebammen in Braunschweig zu erarbeiten und den politischen Gremien zur Abstimmung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 3; dagegen: 8; Enth.: 0

7.5.1. Programm zur Förderung lokaler Hebammen

19-11519-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.6. Aufhebung Nutzungseinschränkung Mobil-Ticket

19-11522

Die Einschränkung der Nutzungszeit des BS-Mobil-Tickets wird dauerhaft aufgehoben. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH die dauerhafte Aufhebung der zeitlichen Nutzungseinschränkung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 3; dagegen: 7; Enth.: 0

7.6.1. Aufhebung Nutzungseinschränkung Mobil-Ticket

19-11522-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.7. Wohnungsnot: Taten sind endlich gefragt

19-11537

Der Rat möge beschließen:

1. Zukünftig verfolgt die Stadt Braunschweig die Strategie, die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten im Wohnbereich zu erhöhen. Dazu werden die Grundstücksgesellschaft Braunschweig und die Nibelungen Wohnbau gestärkt.
2. Von 2020 - 2025 sollen jährlich mindestens 100.000 m² bebaubare Grundstücksfläche von der Stadt bzw. der Grundstücksgesellschaft oder der Nibelungen erworben und selber entwickelt werden. Über die Zielerreichung ist dem Rat - über seine Ausschüsse - jährlich zu berichten. Um den Erwerb planungsrechtlich abzusichern, wird ein besonderes Vorkaufsrecht über alle in Frage kommenden Grundstücke erlassen.
3. Von 2020 - 2025 sollen jährlich mindestens 1.300 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau in Braunschweig neu entstehen. Über die Zielerreichung ist dem Rat - über seine Ausschüsse - jährlich zu berichten.
4. Allen privaten Eigentümern, die beantragen, dass nicht bebaubare Grundstücke planungsrechtlich in Bauland umgewandelt werden, sollen Kaufangebote für Teilflächen vor der planungsrechtlichen Umwandlung gemacht werden.
5. Eine Veräußerung städtischer Grundstücke vor der planungsrechtlichen Umwandlung in Bauland wird zukünftig ausgeschlossen.
6. Eine Milieuschutzsatzung für besonders von Mietsteigerung betroffenen Stadtteile wird von der Verwaltung erstellt und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.
7. Die Zahl der gebundenen Wohneinheiten soll bis 2023 auf 4.500 gesteigert werden. Über die Zielerreichung ist dem Rat - über seine Ausschüsse - jährlich zu berichten.

7.7.1. Wohnungsnot: Taten sind endlich gefragt

19-11537-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

6. Mitteilungen

6.1. Konzept Schulbildungsberatung Braunschweig - SchuBS

19-10964

Frau Nell berichtet über die Schulbildungsberatung Braunschweig.

Auf Nachfrage erläutert sie, dass die Förderung der Koordinierungsstelle noch bis Mitte 2021 weiterlaufe, die Förderung der Beratungsstellen jedoch zum November auslaufe. Die Beratung finde zur Zeit im Migrationsbüro in der Auguststraße statt, langfristig wolle man jedoch ins Bildungsbüro wechseln.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.2. Mitteilung zum Ratsauftrag "Toilette für alle" Sachstand

19-11316

Herr Gedrowitz erläutert, dass es sich bei der Bezeichnung "Toilette für alle" um einen bundesweit einheitlichen Begriff handele. Die Toilette werde mittels Euroschlüsseln ausschließlich für Menschen mit Behinderung zugänglich sein. Man sei mit anderen Investoren im Gespräch, um eine Toilette für alle auch an weiteren Standorten in Braunschweig einrichten zu können. Der aktuelle Standort liege günstig in der Fußgängerzone mit Parkmöglichkeiten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.3. Halbjahresbericht 2019 des Jobcenter Braunschweig

19-11394

Frau Miehe-Scholz erläutert auf Nachfrage, dass bei der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt vor allem Sprachkenntnisse entscheidend seien. Daher würden die Menschen in geeignete Sprachkurse gelenkt werden. Sofern eine weitere Verbesserung der Sprachkenntnisse über ein bestimmtes Niveau hinaus nicht möglich sei, würden die Menschen entsprechend ihrer Fähigkeiten in Maßnahmen integriert und wenn nötig durch Dolmetschende unterstützt.

Herr Baumgart erkundigt sich nach den psychosozialen Betreuungen. Herr Hornburg erklärt, dass es sich hierbei um eine kommunale Aufgabe handele und man Finanzierungsprobleme habe. Herr Klockgether ergänzt, dass die psychosoziale Betreuung im Gesundheitsamt bearbeitet werde. Es gebe jedoch aufgrund von personellen Vakanzen hier derzeit Probleme.

Herr Hornburg sieht trotz oder gerade wegen des möglicherweise bevorstehenden Abschwunges auf dem Arbeitsmarkt eine Umstellung auf ein System, welches es vor allem Langzeitarbeitslosen ermöglicht, wieder in die Nähe des Arbeitsmarktes gebracht zu werden, als sinnvoll an.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.4. Mündliche Mitteilung

Frau Dr. Arbogast berichtet, dass es beim Zeitplan im Nachgang zur Braunschweiger Inklusions-Konferenz eine Verschiebung geben werde. Der Kommunale Aktionsplan sollte in Zusammenarbeit mit der Agentur Mehrwert ursprünglich ab Ende August/Anfang September 2019 in Workshops erarbeitet werden. Da es nun jedoch in diesem Zeitraum bei der Stadtverwaltung viele Workshops zu anderen Themen gegeben habe und noch geben werde (Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung, Elektromobilitätskonzept, Smart City etc.) und man sich eine gute und motivierte Mitarbeit aller Fachbereiche wünsche, habe man sich entschieden, die Workshops nach hinten zu schieben. Da die Agentur wieder ab Anfang 2020 zur Verfügung stehe, würden die Workshops nun Anfang 2020 starten.

8. Anfragen

Ratsfrau Mundlos stellt eine mündliche Anfrage zum Thema Zahngesundheit. Sie bittet die Verwaltung darum, einen Sachstand über die Beteiligung der Kindertagesstätten, Kindergärten und Grundschulen an den Angeboten zur Prophylaxe vorzubereiten.

8.1. Demenz in jungen Jahren**19-11571**

Die Anfrage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 19-11571-01 beantwortet.

8.1.1. Demenz in jungen Jahren**19-11571-01**

Herr Baumgart berichtet, dass man anhand der bundesweiten Zahlen davon ausgehen könne, dass in Braunschweig ca. 5.000 Menschen mit Demenz leben würden. Nur ein geringer Teil davon sei vermutlich jünger als 65 Jahre, in Braunschweig handele es sich vermutlich um ca. 100 Menschen. Die Zuweisung durch Ärzte an Beratungsstellen spielle eine große Rolle, diese finde leider oft jedoch nicht entsprechend statt.

Ratsfrau Mundlos bittet darum, dass die Stadt Braunschweig gemeinsam mit ambet e. V. einen Brief an die KVN verfassen möge, in dem diese zu einer Sensibilisierung der Ärzte für das Thema und das vorhandene Netzwerk in Braunschweig aufgerufen werde.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.3. Maßnahmen zur Drogenprävention der Stadt Braunschweig**19-11572**

Die Anfrage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 19-11572-01 beantwortet.

8.3.1. Maßnahmen zur Drogenprävention der Stadt Braunschweig**19-11572-01**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.4. Braunschweiger für das Ehrenamt auch Digital begeistern**19-11391**

Die Anfrage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 19-11391-01 beantwortet.

8.4.1. Braunschweiger für das Ehrenamt auch Digital begeistern**19-11391-01**

Die Stellungnahme wird schriftlich zur Kenntnis gegeben und dem Protokoll als Anlage beigefügt.

gez.Schütze
Ausschusvorsitzende

gez. Dr. Arbogast
Dezernentin

gez. Ferdinand
Schriftführerin